



MEDIENMITTEILUNG der
Thuner SVP-Stadtratsfraktion

Thun, 4. November 2020

Genug mit der rot-grünen Symbolpolitik im Thuner Rathaus

Die SVP-Fraktion begrüsst den Entscheid des Gemeinderates, das rot-grüne Postulat betreffend solidarische Städte in der Asylpolitik abzulehnen. Wir wehren uns dagegen, dass auf lokaler Ebene immer mehr symbolische Scheindebatten über Themen geführt werden, über welche die Lokalpolitik gar nicht entscheiden kann. Thuner Politiker/Innen sollen sich für die lokalen Belange der Menschen in Thun einsetzen, statt im Rathaus rot-grüne Weltideologien zu verbreiten!

Die humanitäre Situation auf den griechischen Inseln und der Brand des Flüchtlingslagers Moria auf Lesbos im September 2020 sorgen für anhaltende Diskussionen. Die SVP unterstützt die Haltung des Bundesrates, durch konkrete Hilfe vor Ort dafür zu sorgen, dass die Zustände für die Menschen verbessert werden.¹ Das Thuner Rathaus ist aber der falsche Ort, um solche Fragen zu diskutieren, denn der Stadtrat in Thun ist – obwohl es unsere rot-grünen Kolleg/Innen vielleicht gerne anders hätten – schlicht nicht zuständig.

Wissend, dass in der Schweiz der Bund (und nicht einzelne Gemeinden!) für die Asylpolitik und damit auch für die Aufnahme von Flüchtlingen zuständig ist, verlangen SP und Grüne dennoch eine symbolische Debatte über eine Aufnahme solcher Personen in Thun. Es geht ihnen dabei offenbar vor allem darum, die eigene linke Wählerbasis bei Laune zu halten, statt etwas für die Menschen vor Ort zu tun. Sie wissen, dass was wir auf lokaler Ebene diskutieren, höchstens symbolischen Charakter hätte. So lässt es sich bequem irgendetwas fordern, weil man weiss, dass man keine Verantwortung trägt und keine Kompetenzen hat. Wer auf Lesbos helfen will, soll eigenverantwortlich spenden, um die Hilfswerke vor Ort bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Von den Steuerzahler/Innen finanzierte Debatten im Thuner Rathaus sind dafür der falsche Weg!

Die SVP-Fraktion wird diesen Vorstoss im Rat bekämpfen! Wir stören uns an der Tendenz, dass SP und Grüne immer stärker versuchen, ihre internationale und nationale Agenda auf lokaler Ebene durchzudrücken, obwohl der Lokalpolitik sowohl Kompetenzen wie auch Mittel dazu fehlen. Beispiele gibt es genügend, u.a. transatlantischer Sklavenhandel² (ein verzweifelter Versuch, auch etwas von der „Black Lives Matter“ Diskussion profitieren zu können), Gendermainstreaming (das Gleiche in Spe betreffend #Metoo)³ und jetzt offenbar die Asylpolitik. Wir fordern SP und Grüne auf, sich für die Belange der Menschen in Thun einzusetzen, von denen sie gewählt wurden, anstatt rot-grüne Symbolpolitik im Thuner Rathaus zu betreiben! Mitten in der Pandemie COVID-19, welche auch die Menschen in unserer Stadt stark beschäftigt, gäbe es genug lokaler Handlungsbedarf. Offenbar wenden sich SP und Grüne aber lieber ihren ideologischen Anliegen zu, statt konkrete und sachliche Lokalpolitik zu machen.

Für Rückfragen:

Peter Aegerter, Fraktionspräsident, Stadtrat
Philipp Deriaz, Präsident SVP Thun, Stadtrat

079 653 85 73
079 743 58 09

¹ Staatssekretariat für Migration (SEM), «Lesbos: Schweiz leistet Hilfe vor Ort und beteiligt an der Aufnahme von unbegleiteten Minderjährigen», Medienmitteilung vom 11.09.2020, abrufbar unter:

<https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/sem/medien/mm.msg-id-80386.html>.

² Postulat: Aufarbeiten der Verstrickungen in den transatlantischen Sklavenhandel und Dreieckshandel von Personen und Firmen im Raum Thun, Alice Kropf, SP, Grüne, 20.08.2020, aufrufbar unter:

https://www.thun.ch/fileadmin/behoerden/stadtrat/media/pdf/vorstoesse/P_15-2020.pdf.

³ Postulat: Gendermainstreaming in der Stadtverwaltung, Alice Kropf, SP, Grüne, 02.07.2020, abrufbar unter:

http://www.thun.ch/fileadmin/behoerden/stadtrat/media/pdf/vorstoesse/P_12-2020.pdf.